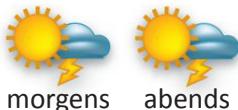




+++ Wer stirbt als nächstes? +++ Podiumsdiskussion in der FES +++ Berlusconi verklagt? +++ Oberausschüsse tagen +++

Ausgabe 4
| Samstag, 27. Juni

 23:56
SPUNsdayclock



Petrus meint es nicht gut mit uns - schwüle Gewitter bei 15 bis 26 Grad erwarten euch den ganzen Tag über. Carpe mansionem!

QUINTESSENZ

Seite 8: Interview mit den beiden Ex-Generalsekretären Thimo Heisenberg und Heiko Hilken.

Seite 9: Sind die NATO-Staaten in den Vereinten Nationen zu mächtig? Wo ist überhaupt der Unterschied?

DEIN TAG.

Von 9 bis 12:30 Uhr Debatten in den Oberausschüssen, SR und MR. Nach dem Lunch (13:45) geht's zu Deloitte nach Düsseldorf, Generalvollversammlung. Abends Diplomatenball in der JH.

TAGESTILBLÜTE

 Vorsitz MR: Das würde der Vorschlag auch vorschlagen.



WiSo ist am Ende des Essens noch so viel Hunger da?

Nahrungsmittelkrisen werden in Bayern üblich nicht diskutiert – im CSU-Territorium machen Weißwurst, Kraut und Co. jeden satt. Heute spielte jedoch im voll besetzten Konferenzsaal „Bayern“ genau dieses Thema die Hauptrolle.

Der Resolutionsentwurf, eingebracht durch Nigeria, forderte als Maßnahmen gegen die Nahrungsmittelkrise unter Anderem die vollkommene Abschaffung von Zöllen auf Grundnahrungsmittel und ein Verbot von Lebensmittelspekulationen an der Börse. Ordentlich Zündstoff also für Konflikte zwischen Industrienationen und Entwicklungsländern. Der Delegierte Saudi-Arabiens verglich die Resolution sogleich mit Wodka – sie sei „klar und stark; so lasst sie uns trinken!“. Darauf ergriff der Repräsentant Chinas die Gelegenheit am Schopfe, und fragte, ob man auf der arabischen Halbinsel Probleme oft mit Wodka löse.

Dem chinesischen Delegierten warf man eine schwammige Ausdrucksweise und Populismus vor, als er in einem neuen Absatz „einigen Staaten“ rücksichtslosen Nahrungsmittelverbrauch vorwarf. Der freundliche Änderungsantrag des amerikanischen Repräsentanten wurde vom

Chinesen in einem Wortduell wieder geschickt umformuliert. Überhaupt war der Chinese der auffälligste Delegierte der Anfangsphase. Er stellte unzählige Anträge an die GO und fiel durch gestische Beleidigungen auf. Offenbar fühlte man sich durch die Aktionen der vorausgegangenen Nacht dazu herausgefordert, zu zeigen, dass die UN-Kommissionen ohne China undenkbar wären.

Unter Hinweis auf die Tatsache, dass es „seinem persönlichen Wohl“ diene, verließ der Delegierte Saudi-Arabiens den Raum für das Mittagsgebet.

Nach dem Mittagsgebet und einer kurzen Lobbyingpause ging die Debatte mit der Energie weiter, mit welcher sie bisher geführt wurde. Kopfzerbrechen brachte einige Mitgliedern der Versammlung nur eine genaue Definition zur Unterernährung. Für eine genaue Erörterung der Thematik wurde dann auch das Generalsekretariat eingeschaltet, welches die Debatte durch seine Tatsachenbericht wieder auf die entscheidenden Inhalte des Welt-hungerproblems zurückleitete. Im Folgenden geriet besonders der Vertreter der Vereinigten Staaten...

weiter auf Seite 3



Iranischer Wächterrat bestätigt Wahlergebnis

Der iranische Wächterrat hat das umstrittene Ergebnis der Präsidentenwahl vom 12. Juni gutgeheißen. Es habe sich um die „sauberste Wahl seit der Revolution“ vor 30 Jahren gehandelt, zitierte die amtliche Nachrichtenagentur Irna das höchste gesetzgeberische Gremium der Islamischen Republik am Freitag. Die Prüfung der Beschwerden unterlegener Kandidaten sei so gut wie abgeschlossen und habe keine gravierenden Unregelmäßigkeiten zutage gefördert, sagte Ratssprecher Abbas Ali Kadschodaei.

„Wir können mit Gewissheit sagen, dass es keinen Betrug bei der Wahl gegeben hat“, so Kadschodaei. Die Untersuchungen der vergangenen zehn Tage hätten gezeigt, dass es nur „kleine Unregelmäßigkeiten“ gegeben habe, „die es bei jeder Wahl gibt“, sagte der Wächterrats-Sprecher. Eine Annullierung der Wahl hatte der Wächterrat bereits abgelehnt. Die G8-Außenminister prangerten bei ihrem Treffen in Triest das Verhalten des Irans deutlich an. Sie forderten die Führung des Landes auf, die fundamentalen Menschenrechte anzuerkennen. Dazu gehöre auch das Recht auf freie Meinungsäußerung.

Freisprüche im Politkowskaja-Prozess aufgehoben

Vier Angeklagte im Mordfall der russischen Journalistin Politkowskaja, die im Februar zunächst freigesprochen worden waren, müssen sich nun wieder vor Gericht verantworten. Der Oberste Gerichtshof in Moskau begründete



seine heutige Entscheidung mit Verfahrensfehlern und entsprach damit dem Antrag der Staatsanwaltschaft. Diese reagierte darauf mit Genugtuung und sprach von vorangegangenen „wesentlichen Gesetzesverstößen“. Ein Geschworenengericht hatte die vier Angeklagten aus Mangel an Beweisen im Februar freigesprochen.

Der Prozess war von erheblichen Pannen begleitet. Videoaufzeichnungen vom Tatort und Ergebnisse aus Ermittlungsakten verschwanden auf unerklärliche Weise. Genauso rätselhaft war das Abtauchen des mutmaßlichen Täters Rustam Machmudow, der sich im westlichen Ausland aufzuhalten soll. Der Anwalt eines Angeklagten will die nun gefällte Entscheidung nicht akzeptieren und kündigte eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte an. Auch die Anwältin der Familie Politkowskaja, Stawitskaja, reagierte mit Unverständnis. Sie sagte, die angegebenen Gründe zur Freispruchsaufhebung seien nicht nachvollziehbar. Die Angehörigen der ermordeten Journalistin hatten den Verdacht geäußert, dass es nur darum ginge, einen beliebigen Schuldigen hinter Gitter zu bringen – nicht jedoch die wahren Verantwortlichen, die sie in Regierungskreisen vermuten.

Italienischer Zeitungsverlag will Berlusconi verklagen

Die Espresso-Verlagsgruppe, Herausgeber der erfolgreichen italienischen Tageszeitung „La Repubblica“, will den italienischen Regierungschef Silvio Berlusconi verklagen, weil er Unternehmen aufgefordert hatte, Zeitungen des Verlags zu boykottieren. Als Grund nannte der Ministerpräsident, die Zeitungen hätten sich „gegen ihn verschworen.“

„Repubblica“ und das dem „Spiegel“ ähnliche Wochenmagazin „Espresso“ hatten in den letzten Wochen intensiv über die Verwicklungen des 72-jährigen Berlusconi in diverse Sexskandale berichtet. So soll sich der Premier mit einer Minderjährigen getroffen und in seiner Villa Oben-Ohne-Parties gefeiert haben. Außerdem sollen für private Feste des Regierungschefs Prostituierte gegen Bezahlung engagiert worden sein.

Berlusconi selbst streitet alles ab, spricht von einem Kom-



plott, von Umsturzversuchen und von Verleumdungen der Links- und Katastrophenpresse, unterstützt auch durch ausländische Medien. Er sagte gestern: „Wir werden das beschädigte Image wie beim Müllskandal in Neapel beseitigen. Bestimmte Kampagnen der letzten Wochen, die von Hass und persönlichem Neid geleitet wurden, tun dem Land sicher nicht gut.“ Berlusconi wird inzwischen auch von Seiten der katholischen Kirche kritisiert. In der Zeitschrift „Famiglia Cristiana“ hieß es, der Ministerpräsident habe alle Grenzen des Anstands überschritten.

Fortsetzung von Seite 1 ...in Bedrägnis. Besonders der Maisanbau und die damit verbundene Biodieselherstellung wurden stark kritisiert. Auch die Rechtfertigung des amerikanischen Botschafters, er benötige den Treibstoff für die Lieferung von Unterstützungsgütern für Entwicklungsländern



der, wurde nicht durchgehend positiv aufgenommen. Die teilweise recht großen Differenzen in den Ansichten setzten sich auch im weiteren Verlauf der Debatte fort. Besonders bei der Diskussion über angeblich steigende Lebensmittelpreise wurden diese noch einmal deutlich. China erklärte dem Gremium, dass die Reispreise in den vergangenen Jahren stetig gefallen seien. Venezuela und andere erwiderten, dass die Lebensmittelpreise besonders stark gestiegen seien. Der Delegierte Venezuelas betonte dabei inständig, dass die Produktion von Biodiesel ganze „25 % Prozent, Prozent, 25 Prozent“ dazu beitrage. Auch Saudi-Arabien betonte, dass diese Treibstoffgewinnung einen erheblichen Teil zur Steigerung der Lebensmittelpreise beitrage.

Das zügige Arbeiten des Rates geriet nun immer öfter ins Stocken; oft wurde die Debatte durch kleine Randgefechte zwischen den Meinungsgruppen gehemmt. Bemerkbar wurde dies besonders dann, wenn das Gremium immer wieder auf kleinere Detailfragen einging. Dabei stritt man nicht nur über die Eigensinnigkeit einzelner Staaten.

Der Vorsitz zeigte sich gerade dabei sehr souverän und hatte stets ein waches Auge auf die Delegierten. Einzig bleibt fraglich, wer denn der „italische Delegierte“ sei, dem ein Redebbeitrag zugesprochen wurde. Die Beschuldigung seitens des wieder einmal aufblitzenden Chinesen, die Stimme eines der Vorsitzenden sei „einschläfernd“ und nehme ihm die Motivation zur Debatte, wurde gehahnet; unter den

Delegierten fanden sich auch positive Resonanzen. Auch regte sich Empörung von Seiten des Iran und Griechenlands darüber, dass in der Resolution betroffene Gebiete explizit genannt sind und dass nicht von einem „globalen Umstand“ gesprochen wird. Zum Glück merkten

auch einige Mitglieder des Rates, dass ein solch nebensächliches Problem hinter dem humanitären Unheil zurückstehen muss.

Der iranische Delegierte stellte die prekäre Frage, ob sein südafrikanischer Kollege bestreite, dass er sich in den Vordergrund spiele, worauf dieser ein klares „Nein“ erwiderte. Eben dieser anscheinend sensationsgeile Repräsentant des Fußball-WM-Staates verdeutlichte mit einem flammenden Appell noch einmal die Grundsituation und hielt seine Mitbotschafter dazu an, sich vollkommen dem Hauptumstand zu widmen. Die Delegation Südafrikas tat sich außerdem hervor, indem sie in mehreren Änderungsanträgen bekundete, wie beispielhaft und von welchem

Vorbildcharakter ihr Land sei. Zunächst wurden diese klar abgelehnt, doch beim dritten inhaltsgleichen Versuch bemerkten die restlichen Delegierten offensichtlich nicht, dass dieser das Selbe besagte wie seine Vorgänger.

Es bleibt der kommende Tag abzuwarten, um zu sehen, wie das Gremium den Weg dieser Resolution lenken wird. Zu hoffen bleibt nur, dass es im Sinne der Menschen entscheidet.

Adv, AS



Vorsitz WH: Keine Aklimation, bitte.

Unbekannter Verursacher: [...] der heilige Schwul [...]



Reformen durch Selbstreflexion

Nach den Anstrengungen des gestrigen Abends startete der Sicherheitsrat heute erstmal etwas gemütlicher mit einer ausführlichen langen Lobbying-Phase in den zweiten Sitzungstag. Der dritte Tagesordnungspunkt gab die Reform



des Sicherheitsrates vor. Erklärtes Ziel der Einbringer Russland, Costa Rica, Vereinigte Staaten von Amerika und Burkina Faso ist es eine handlungsfähigere UN zu schaffen und sie transparenter zu gestalten. Dem Vorurteil, dass das Thema ausgelutscht sei und zu keinem Ziel führen könne, entgegneten die hoch motivierten Botschafter. Geschlossen signalisierten alle Handlungsbereitschaft und redeten sich in Rage über die Wichtigkeit dieses hohen Gremiums und natürlich ihrer Wenigkeit. Ob Veto-Macht oder nicht, jeder bekundete die Dringlichkeit einer Reform ihres Rates. Doch es wurden auch Bedenken geäußert. Während der Vertreter Libyens an die P5 appellierte sich nicht Neuem gegenüber zu verschließen, eskalierte der Vertreter Chinas verbal indem er anmerkte, das er unter ausgewogener Vertretung der Interessen seines Landes auch das Vetorecht verstehe.

Libyen konterte mit der Aussage, dass sowieso alle Chinesen die gleiche Meinung vertreten und so im Sinne der Vielfältigkeit nicht überrepräsentiert werden sollten. Die Debatte war folglich ein wenig festgefahren, was sich nicht zuletzt in der Rückstellung etlicher einleitender Absätze äußerte. Vor allem an der Frage, nach der Demokratie hielten sich die ehrenwerten Exzellenzen lange auf. Die vorliegende Resolution erkannte den Sicherheitsrat als demokratisches Organ an. Daran störte sich vor allem der Delegierte Japans. In einem Rat, indem nicht jeder gleiches Stimmrecht besitze, könne es auch keine Demokratie geben.

Er erklärte dies zu einer historischen Chance, die der SR nutzen sollte, um seine Glaubwürdigkeit zurück zu gewinnen. Nur gemeinsam seien sie stark. Daraufhin lobte der russische Abgeordnete die Arbeit der P5 in den letzten Jahren und wies darauf hin, dass eine künstlich kreierte Demokratie

nur zur Ineffizienz beitragen würde. Damit machte er, wie schon der Delegierte der Volksrepublik Chinas vor ihm, klar, dass eine Reformierung des Sicherheitsrates nichts an den Veto-Machtverteilungen ändern werde.

Der Resolution waren somit ihre Grenzen unverkennbar aufgezeigt. Aber wenn schon nicht an den Veto-Mächten zu rütteln ist, wurde umso mehr Überzeugungskraft in die Erweiterung des SR gesetzt. Ganze 2 Stunden verbrachte der Rat fortan mit der Debatte über die nicht-ständigen Mitglieder. Irgendetwas musste doch zu holen sein!

Also stürzten sie sich ins Wortgefecht, um so viele gleich gesinnte Staaten wie möglich einen ständigen oder nicht-ständigen Sitz im Sicherheitsrat zu sichern. Wie zu erwarten, saßen auch hier die Vetomächte am längeren Hebel. Es folgte eine Marathondiskussion über die Regionalkonferenzen und die geografische Lage einiger Staaten. Das Generalsekretariat half bei der Klärung der Frage über die kulturellen, geografischen und sprachlichen Unterschiede der Arabischen Staaten. Darüber hinaus wurden vier weitere Vertreter in den Ausschuss gerufen. Das Gremium war daran interessiert zu erfahren, in wie weit diese Staaten:



Indien, Nigeria, Saudi-Arabien und Deutschland, zur Reformbedürftigkeit des Sicherheitsrates stehen und dessen Ausweitung begrüßen. Lange Rede kurzer Sinn. Die Debatten waren auch heute wieder im Großen und Ganzen sehr konstruktiv.

Bis auf einen Spaßantrag Kroatiens, der eine Selbstverherrlichung und Glorifizierung seines Staates einbringen wollte, waren alle sehr bestrebt einen Konsens zu finden. Und das haben sie auch geschafft. Ich bin begeistert. Mit dieser Resolution verabschiedeten sie schon ihr dritte auf dieser Sitzungswoche und sind damit einer der effizientesten SPUN-Sicherheitsräte der letzten Jahre. KS

„Wir können uns eine Entmündigung der Bürger nicht bieten lassen“ – Setzen Sechs.

Obwohl die Pressefreiheits-Debatte anfangs dynamischer war als gestern, war das Abstimmungsverhalten des Delegierten Deutschlands immer noch genauso überraschend und unerklärlich. In Insiderkreisen munkelt man, dieser Delegierte stehe unter besonderem Einfluss. Da stellt sich



der Öffentlichkeit die Frage, ob Korruption mit im Spiel ist.

Auch im Menschenrechtsrat bildete sich eine kleine Front gegen die Volksrepublik China. Die Mehrheit war jedoch gegen eine explizite Nennung und an den Pranger Stellung der Volksrepublik. Chinas Delegierte wehrte sich auch heute wieder mit dem Argument der hohen Kosten, wobei sich der Delegierte Saudi-Arabiens bereit erklärte finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen – unter der Voraussetzung, dass kein Geld in die Entwicklung von Internetseiten, -foren etc. fließt.

Während der Delegierte Südkoreas wirklich in den Weiten und Tiefen des Internets verschwand und nicht mehr aktiv an der Debatte teilnahm, lässt sich sogar ein bisschen nachvollziehen, warum der Delegierte Saudi-Arabiens „alles was mit Internet zu tun hat“ nicht unterstützen möchte.

Als Beobachter hatte man heute mehrmals das Gefühl, die Hälfte der Delegierten demokratischer Staaten wären in einen Tiefschlaf verfallen. Der Kampf- und Ehrgeiz lag wohl auch noch im Bett. Bei der Gleichgültigkeit, die heute von einigen Delegierten des Menschenrechtsrat an den Tag gelegt wurde, wäre es sehr interessant, wie sie die aktuellen Entwicklungen zu Hause in ihrem Nationalstaat erklären. Das einzige produktive, dass der Delegierte Großbritanniens verlautete war, „Wir können uns eine Entmündigung der Bürger nicht bieten lassen“ – vielleicht hätte er auch eine der Reden zur Verabschiedung der Resolution halten sollen.

Versuche der Rettung einzelner Absätze wurde eigentlich nur mit Hilfe des Antrags auf namentliche Abstimmung unternommen.

Besonders hervor zu heben ist auch die Scheu der Einbringleränder ihren Resolutionsentwurf vorzustellen. Vielleicht liegt das auch daran, dass sie etwas zu verheimlichen haben. Dazu würde auch passen, dass sie oftmals gegen ihre eigens verfassten Absätze stimmen. Nach Informationen der MR-Korrespondentin liegen auch dem Vorsitz keine weiteren Angaben über das Verhalten dieser Delegierten vor.

Umso überraschender ist es, dass einigen Delegierten die Tragweite ihrer Resolutionen für ihren Nationalstaat nicht klar zu sein scheint.

Was ist also los mit dem MR? Die Entscheidung des Vorsitzes, der vielleicht viel zu liberal für die unruhigen Delegierten ist, wird ständig angezweifelt. Unterbrechungen, die für Absprachen und Unterredungen genutzt werden sollten, haben die Delegierten heutzutage anscheinend gar nicht mehr nötig – es ist wichtiger sich mit Essen und Trinken einzudecken.

Nur komisch, dass zum Beispiel der Delegierte Katars ständig „unterwegs“ ist.



Da ist er nicht der einzige Delegierte – immerhin läuft er nur im Sitzungsraum herum. Dem Delegierten Großbritanniens ist seine „British Tea Time“ auch wichtiger als die Belange der Menschenrechte. Pressefreiheit wird eh total überbewertet. Da ist es nur verwunderlich, dass ein Vertreter der Presse immer noch im Raum toleriert wird.

Auch die Delegierten Kameruns und Kroatiens glänzten teilweise mit Abwesenheit. Was ist nur los mit den Delegierten im Menschenrechtsrat?

Die Gesamtsituation erinnert einen Außenstehenden oft an die, einer Klasse in der Grundschule und nicht an eine Debatte im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen. Nur dort hätten die Lehrer hoffentlich durchgegriffen. Setzen Sechs.

AG

Seid dreist...

...und dreist waren sie, die SPUNer. Marx schreibt über die Revolution, dass sie ein Phänomen des Auseinanderdriftens, der Basis und des Überbaus ist. Zwar meinte er die proletarische Revolution, die sich daraus ergibt, dass die Produktivkräfte die Umstände der Produktionsverhältnisse nicht länger hinnehmen wollen, aber im Grunde enthält diese Definition einen wichtigen Kern. Denn nichts anderes ist gestern abend in der spontanen Menschenansammlung/

den verehrten Exzellenzen einen aufrichtigen Wunsch nach Veränderung absprechen. Denn sich um die Uhrzeit (teilweise in Konferenzkleidung) zu versammeln und eine Debatte auf die Beine zu stellen, die allen Formalkriterien entsprach, verdient Respekt. Der Abend hat gezeigt, dass wenn Nationen sich versammeln, die Vereinten Nationen überflüssig werden. Eine GO und eine Charta werden obsolet. Was bestehen bleibt, sind Werte nach denen wir gesucht haben. Eine Erklärung dafür, warum die Mikro-Revolution dennoch gescheitert ist, bietet Antonio Gramsci. Der Überbau, in diesem Fall die Regeln der Charta, waren zu mächtig. Auch ein Grund, aus dem weder GS noch Stv. GS in die Versammlung besuchten. Sie waren sich der Macht der Charta bewusst und hielten es für unnötig, den Revolutionsversuch mit ihrer Anwesenheit zu ehren. Am Ende kam es, wie es kommen musste. China hat gegen die Resolution gestimmt, die Revolution wurde im Keim erstickt. Haben



GVV passiert – eine Mikrorevolution. In jedem starren und bürokratischem System gibt es immer wieder „Fehler“, die das Ganze aus dem Gleichgewicht bringen. Im konkreten Fall: der Wunsch nach einer spontanen Versammlung, um als Hauptorgan der UN die Resolution des Sicherheitsrates über die temporäre Veto sperre gegen China zu verabschieden. Im Sinne von Marx könnte man auch sagen, die Basis hat gesprochen und musste sehr lange auf eine Antwort des Überbaus (GenSek) warten. Die Rechtmäßigkeit der Versammlung wurde in Frage gestellt; es wurde sich geweigert der Ansammlung offiziellen Charakter zu verleihen. Doch die Stimme der Völker war lauter und das GenSek gezwungen über Mittelsmänner die GVV zu eröffnen. Was der Abend noch brachte, war keine Spaßveranstaltung, sondern vielmehr einer der seltenen Momente, in denen sich Demokratie in ihrer Reinform zeigt. Niemand möchte

Sie denn wirklich geglaubt, dass Sie damit durchkommen? Nein, verehrte Exzellenzen, Sie haben gestern eine blutige Nase kassiert – aber das ist ja noch lange kein Grund, es nicht zu versuchen. Es gab mal einen GS, der in ähnlicher Situation Helmut Schmidt zitierte: „Wer Visionen hat, soll zum Arzt gehen“. Dieses Zitat wurde ergänzt durch „Willkommen im Krankenhaus!“ – es wird höchste Zeit, das Versprechen zu erneuern.

OK

Stilblüten

Uganda RK: Ich hätte gern eine Nachfrage. – Bosnien-Herzegowina RK: Zum mitnehmen oder hier?

Libyen SR zu Brasilien: Welchen anderen Ländern würden Sie einen weiteren Satz zugestehen? – China (reinrufend): Und vor Allem, wie würde dieser lauten?

Japan UE: Ich möchte der Empfehlung Großbritanniens beipflichten, da wir sonst an der Seriosität der UN verlieren.



Israel (während der Rede Chinas): Persönlicher Antrag: Das sind extreme Verhörmethoden, dass mich das Licht hier so blendet!

China an Bosnien Herzegowina: Sind Sie der Meinung, dass in Europa noch etwas anderes organisiert ist, als das Verbrechen und der Kapitalismus?

Vorsitz RK: Blusen oder Röcke sind Pflicht.

Ein Ausflug in die Realität

Die glücklicherweise klimatisierten Räume der Friedrich-Ebert-Stiftung füllten sich gestern Abend mit über 250 SPUNern und einigen Gästen, die ganz heiß darauf waren, über das Thema Bildung und Jugend zu diskutieren. Dieses Unterfangen beschrieb der Veranstalter, Robert Kirchner-Quehl, in einer kurzen Einführung als einen „Ausflug in die Realität des politischen Arbeitens“.

Auf eine Vorstellungsrunde, in der die Redner auf dem Podium darlegten, in welcher Funktion sie an der Debatte teilnahmen, folgte ein kurzer Vortrag über das finnische Bildungssystem von Frau Heli Europaeus, Beraterin für Bildungsfragen und Referentin für Führungskräfteentwicklung. Das finnische System, so die Kernaussage, schaffe gleiche Zugangschancen für alle. „Wissenshunger und Entdeckungslust wird ordentlich gefordert, aber auch gefördert.“ Grundpfeiler der finnischen Erziehung seien „Liebe, Grenzen und klare Rituale“.

Kinder sind keine Fässer, die gefüllt, sondern Feuer, die entfacht werden wollen (Franco Rabelais, 1484-1533; aus Europaeus' Präsentation)

Pünktlich zum Abschluss der Rede der finnischen Expertin taten sich die himmlischen Schleusen auf und ein Wolkenbruch ergoss sich über Bonn. Ein göttlicher Fingerzeig? Es folgte ein Plädoyer der UN-Jugenddelegierten Emily Büning für die Bedeutung außerschulischen Engagements, das ihr große Zustimmung in Applausform bescherte. Auch der Gesamtschuldirektor Jürgen Nimptsch ergriff Partei für die Zivilcourage. Auf die Frage des Generalsekretärs, wo er sich letzte Woche während des bundesweiten Bildungsstreiks befunden habe, antwortete er sehr zur Freude des Publikums: „Ein guter Schulleiter ist immer auf der Seite seiner Schüler. Da war ich.“

Der vierte Diskutant, Sozialphilosoph Dr. Martin Booms, kritisierte das Bildungssystem dafür, dass es „auf Verwertungswissen hin getrimmt“ sei. Die heutigen Studierenden würden nicht mehr um der Sache selbst willen lernen, sondern nur noch auf Prüfungen hin. Der Zwang ständig Leistungserbringen zu müssen, der „Terror der Lebenslücke“, wie Booms ihn nannte, führe dazu, dass viele Gelegenheiten zur ganzheitlichen Bildung nicht mehr wahrgenommen werden könnten.

Der sehr souveräne Moderator lenkte die Aufmerksamkeit auf eine gewisse Politikverdrossenheit unter jungen Menschen und stellte die Frage in den Raum, wer diese zu verantworten habe. Die Antwort der Jugenddelegierten darauf war deutlich: Die Schulen stellen den Schülern häufig nicht genug Informationen bereit, um sich sinnvoll engagieren zu können. Europaeus und Booms waren sich komplett darin einig, dass Schüler sich nicht nur als

„Dienstleistungsempfänger“, sondern stets auch als Mitgestalter verstehen sollten. Der ehemalige Bildungspolitiker Nimptsch betonte die Bedeutung der indi-



viduellen Freiheiten der einzelnen Schulen, beispielsweise in der Lehrplansetzung, für die Qualität der Lehre. Überhaupt glänzte das gesamte Podium mit weitgehender Einigkeit in den meisten Fragen, so auch in der anschließenden Diskussion mit dem Plenum. Das dreigliedrige Schulsystem sei für die Bildung nicht förderlich, die Schüler sollten mehr in die Bildungspolitik eingebunden, Lehrer von Schülern evaluiert werden.

In diesem Zusammenhang kam auch der Rechtsstreit gegen „spickmich.de“ auf. Emily Büning befürwortete das Urteil des Verfassungsgerichts, das in diesem Fall die freie Meinungsäußerung über den Schutz der Persönlichkeitsrechte gestellt hat. Zwiespältiger sah Dr. Booms die Sache, auch Mobbing und Schläge unter die Gürtellinie könnten dort vorkommen.

Das Fazit aller Beteiligten am gestrigen Abend fiel sehr po-



sitiv aus. Insbesondere die rege Beteiligung der SPUN-Teilnehmer und die hohe Qualität der Fragen sorgten für eine gelungene Diskussion. Und so waren auch die Schlussätze der Redner voller Hoffnung: Beweist, dass wir eine politische Generation sind!

RMA

Ehemalige im Interview

Thimo Heisenberg, Generalsekretär 2008

Beschreibe, wie du dich gefühlt hast, als du nach der SW nach Hause gekommen bist.

Extrem müde; die SW ist und war immer extrem anstrengend für alle Beteiligten – das bedeutet aber nicht, dass sie nicht sehr schön war. Und ich bin froh, dass sie so gut gelaufen ist.

Beschreibe dein Stellenprofil als Generalsekretär – Wurden deine Erwartungen an das Amt erfüllt?

Eigentlich hatte ich gedacht, während der Sitzungswoche stärker innerhalb der Simulation zu arbeiten – der größte Teil der Arbeit eines GS findet allerdings außerhalb statt, außerhalb des Blickfelds der Teilnehmer. Das Orgateam leiten, die Sitzungswoche mitorganisieren usw...

Warst du ein Teilnehmer oder Orga-Generalsekretär?

Letztendlich war ich eher der Orga-GS. Was schlichtweg daran lag, dass ich außerhalb der Sitzung sehr viel zu tun hatte und mich auch darum kümmern wollte. Darunter hat der Kontakt mit den Teilnehmern etwas gelitten.

Was war das Highlight deiner Sitzungswoche, das dich nachhaltig geprägt hat?

Die Podiumsdiskussion am Freitag! Wo wir es erstmals geschafft hatten, Simulation und Realität in Einklang zu bringen. Der Sprung von einer abstrakten Debatte zur realpolitischen Diskussion mit echten Politikern und über das Thema Bildung ist gut gelungen. Kurz gesagt: Politiker von morgen treffen Politiker von heute - Und das war eine gute Sache.

Wo geht die Reise und das Experiment Planspiel in Zukunft hin?

Woran müssen wir noch arbeiten; welches Potential besteht?

Ich denke, das Planspiel kann sich noch mehr zu einer öffentlichen Veranstaltung entwickeln. Wir können am Kontakt zur Realität noch arbeiten und das tolle Potential an jungen Entscheidungsträgern nutzen, um nicht nur eine gute Simulation, sondern in Zukunft auch gute Politik zu machen. OK



Heiko Hilken, Generalsekretär 2004

Wie hast du dich gefühlt, als du von der Sitzungswoche nach Hause gekommen bist?

Als ich von meiner Sitzungswoche 2004 nach Hause kam, fand abends das Finale der Europameisterschaft statt, und obwohl ich das Spiel sehr gerne gesehen hätte, bin ich leider bereits in der ersten Halbzeit eingeschlafen, da die Sitzungswoche doch kräftezehrend war. Natürlich war ich dennoch euphorisiert von der Sitzungswoche am Rhein, aber auch ein wenig froh, die Last der Verantwortung an die nächste Generation weitergeben zu können.

Beschreibe dein Stellenprofil als Generalsekretär - Wurde deine Erwartung an das Amt erfüllt?

Ja, das wurden sie. Ich habe meine Funktion als primus inter pares verstanden, und nicht als Leiter des Orgateams. Wir waren damals ein starkes Team, daher bestand auch gar keine Notwendigkeit, eine Führungsstruktur ins Orgateam zu bringen.

Warst du ein Teilnehmer- oder ein Orga-GS?

Die SPUNited bezeichnete mich 2004 als Generalsekretär der Herzen; das möchte ich im nachhinein nicht korrigieren. Daher war ich wohl sowohl Teilnehmer- als auch Orga-Generalsekretär.

Was war das Highlight deiner Sitzungswoche, das dich nachhaltig geprägt hat?

Die Eröffnungsrede der Generalvollversammlung; das war ein beeindruckendes Erlebnis, einen Raum zu betreten, und 200 Leute stehen für einen auf. Ein weiteres Highlight war die wunderschöne Nations' Night im Garten des AZK, das direkt am Rhein gelegen ist und sich daher perfekt für eine Nations' Night eignet. Ebenfalls sehr begeisternd war die Präsentation des zumindest bis heute anerkannt besten SPUN-Films am letzten Tag der Sitzungswoche.

Wo geht die Reise und das Experiment Planspiel in Zukunft hin?

Woran müssen wir noch arbeiten; welche Potentiale bestehen?

Ich denke, die Potentiale schöpfen wir seit Jahren immer wieder weitgehend aus. Ich glaube nicht, dass SPUN grundsätzlich geändert werden sollte. Dennoch ist natürlich jede SPUN Generation dem Projekt ihren eigenen Stempel aufzudrücken. FH

Der freundliche Änderungsanschlag

Der Menschenrechtsrat ist traditionell ein Gremium der Idealisten. Nicht so in diesem Jahr: Gleichgültigkeit auf der einen und Propaganda auf der anderen Seite beherrschten die Debatte um Pressefreiheit. Den Delegierten schien die Tragweite der zu verabschiedenden Resolution wohl nicht so ganz klar zu sein, und insbesondere das Abstimmungsverhalten vieler Länder ließ Fragen offen. So stimmten teilweise noch nicht mal die Einbringer

für ihre Resolution! Die Frage drängt sich auf: Wer soll denn bitte einen Resolutionsentwurf überhaupt unterstützen, wenn nicht die Einbringer selbst? Zumal laut Auskunft des ukrainischen Delegierten „die Hälfte der demokratischen Staaten schläft“. Besonders hervorgehoben sei an dieser Stelle die Haltung Deutschlands, die unsere MR-Korrespondentin als „mysteriös“ bezeichnete. Knallhart investigativ fragt die SPUNited da natürlich: Was steckt dahinter? Bestechung? Zwielichtige Einflüsse? Oder vielleicht doch nur ein Fall geistiger Umnachtung?

RMA

Sind die UN nur der verlängerte Arm der NATO?

Kritik an der Arbeit der UN gibt es zuhauf. Zu bürokratisch seien die Verfahren, zu undemokatisch die Entsendung der Diplomaten, zu wenig bindend die Beschlüsse. Ein auch bei SPUN häufig genannter Punkt ist außerdem eine gewisse Bevorzugung westlicher und nördlicher Interessen. Zugespitzt könnte man die Behauptung, die oft und gerne von den sogenannten „Schurkenstaaten“ aber zuweilen auch von Entwicklungsländern geäußert wird, folgendermaßen zusammenfassen: Die UN ist nichts anderes als der erweiterte Arm der NATO, sie dient hauptsächlich der Durchsetzung westlicher Interessen und steht vollkommen unter der Fuchtel der USA.

Was ist an diesem Vorwurf dran? Bei der Betrachtung der Zusammensetzung der Vereinten Nationen kann man einen gewissen Bias, eine selektive Verzerrung in Richtung der Regionalkonferenz der „westeuropäischen und anderen Staaten“ (WEOG) nicht leugnen. Dabei ist sie mit 27 Ländern die zweitkleinste Regionalkonferenz, nur rund ein Siebtel aller UN-Mitgliedsstaaten gruppieren sich in ihr. Diese Verzerrung zugunsten des „Westens“ ist hauptsächlich historisch bedingt. Von den 26 Unterzeichnerstaaten der Deklaration der Vereinten Nationen vom 1. Januar 1942, einem wichtigen Dokument auf dem Weg zur Gründung der UN, sind zehn der Europäer-Gruppe zuzurechnen. Ein unverhältnismäßig hoher Anteil lässt sich auch unter den Gründungsmitgliedern der Vereinten Nationen feststellen. So sind elf der 51 an der Gründung beteiligten Nationen WEOG-Staaten. Diese Dominanz der westlichen Welt setzt sich auch in den Organisationsstrukturen der heutigen UN fort. Drei der vier Hauptgeschäftsstellen (New York, Genf, Wien, Nairobi) befinden sich in Europa oder den USA. Drei der sechs Amtssprachen (Engl., Frz., Arab., Chin., Russ., Span.) sind westeuropäische. Und unter den fünf ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrates sind drei westliche Staaten vertreten, von denen zwei ihre weltpolitische Bedeutung seit der Entkolonialisierung weitgehend eingebüßt haben. Verglichen mit dem jeweiligen Anteil der Weltbevölkerung wirken die Privilegien der ständigen Mitglieder des Rates absurd. In diesem Zusammenhang wurde auch im Rahmen der Wahlen zum Europäischen Parlament über die Einrichtung eines einheitlichen ständigen Sitzes für die gesamte EU diskutiert. Auch wenn man die nichtständigen Sicherheitsrats-Mitglieder hinzu nimmt, zeigt sich die Verzerrung deutlich. Einem festgelegten Schlüssel entsprechend stammen von den insgesamt 15 Staaten im mächtigsten Gremium der Vereinten Nationen (inklusive Vetomächte) fünf aus der WEOG, jeweils drei aus Asien und Afrika und jeweils zwei aus Osteuropa und Lateinamerika. Was die formalen Strukturen der UN angeht, kann also tatsächlich nachgewiesen werden, dass die „Westeuropäischen und anderen Staaten“, die in weiten Teilen mit den Mitgliedern der NATO übereinstimmen, in überproportionaler Weise vertreten sind.



Die viel wichtigere Frage ist aber: Schlägt sich diese Bevorzugung auch in einer Durchsetzung von NATO-Interessen in den Beschlüssen der UN nieder?

Ein häufig kritisches Beispiel, bei dem eindeutig eine Verzerrung zugunsten von Partikularinteressen nachzuweisen ist, ist der Israel-Palästina-Konflikt. Im Vergleich zu anderen Krisen, die teilweise wesentlich akuter sind, wird dieser überproportional oft von den UN behandelt. Der Nahe Osten war in den letzten Jahren Thema der allermeisten vom Menschenrechtsrat verabschiedeten Resolutionen, bei denen des Sicherheitsrats waren es immerhin sechs Prozent, und sechs von zehn Notfallsitzungen beschäftigten sich damit. Die Initiative zur Behandlung des Themas kommt allerdings meistens von den arabischen Staaten und zielt auf eine Verurteilung Israels ab. Im Sicherheitsrat haben solche Resolutionen für gewöhnlich keine Chance, da sie von den USA blockiert werden. Bei 69 Resolutionentwürfen zu Israel legten die USA in 20 Fällen ein Veto ein. Anders stellt

sich die Situation in den anderen Ausschüssen dar. Ein Resolutionsentwurf, der erstmal den Antisemitismus verurteilen sollte, wurde auf Wirken der arabischen Staaten hin abgelehnt. Den Höhepunkt der anti-israelischen Vorgänge bei den UN bildete die Resolution 3379 von 1975, die Zionismus als eine Form von Rassismus definierte.

Diese Resolution wurde erst 1991 aufgehoben.

Für den Nahost-Konflikt, diesen so bedeutenden Bereich der UN-Arbeit, kann der Vorwurf der Bevorzugung der NATO-Staaten also entkräftet werden.

Vertreter der These, die Vereinten Nationen seien eurozentrisch argumentieren manchmal, dass die UN-Charta auf den Menschenrechten basiere, die sich über Jahrhunderte in Europa entwickelt haben. Diese Rechte haben sich aber von ihren europäischen Wurzeln gelöst und sind zu universellen, im Wesentlichen von christlich-abendländischer Gesinnung freien Menschenrechten geworden, deren Gültigkeit einen globalen Wert darstellt. Auch hier also kein Futter für Kritiker.

Und was ist mit dem Vorwurf, die USA bestimmten die gesamte UN-Agenda? Einen großen Einfluss der USA kann man wohl kaum bestreiten. Mit ihren militärischen, vor allem aber ökonomischen Machtmitteln setzen die Vereinigten Staaten viele Länder unter Druck und damit ihre Interessen durch. Dennoch werden in fast allen Ausschüssen regelmäßig Resolutionen verabschiedet, die den USA eigentlich nicht in den Kram passen. Schließlich gilt die Devise „one country, one vote“, und wenn sich genügend kleinere Nationen zusammenrotten, können sie sich gegen die größeren durchsetzen. Das kratzt die Damen und Herren Amerikaner allerdings wenig, denn die UN-Beschlüsse haben meist keinerlei Verbindlichkeit. Ausnahme ist hier der Sicherheitsrat, doch dort gelten durch das Vetorecht, wie ja schon oben beschrieben, andere Regeln.

Das grundsätzliche Problem der UN ist also nicht die Bevorzugung von Partikularinteressen, sondern die fehlenden Kompetenzen der meisten Gremien. Bleibt zu hoffen, dass sich dies bald durch eine Reform des UN-Systems ändert.

RMA

Die Generalversammlung

Eigentlich wäre alles so einfach gewesen. Das Thema, mit dem sich die Generalversammlung gestern befassen sollte, war die Agenda für den Frieden. China, Iran und Venezuela hatten bereits einen Resolutionsentwurf mit der nötigen Mehrheit eingebracht. Doch dann kam Israel: Deren Resolutionsentwurf sollte zunächst nicht besprochen werden, da er den Nahostkonflikt behandelte und damit nicht der vorher festgelegten Tagesordnung entsprach. Per Abstimmung wurde ein weiterer Tagesordnungspunkt hinzugefügt, was der Delegation Israels aber noch nicht genug war. Sie bestand darauf, ihren Resolutionsentwurf zuerst behandeln zu lassen. Um das durchzusetzen wurde die Vertagung des ersten TOPs von einem polnischen Delegierten beantragt. Nachdem sich überraschenderweise Israel gegen dieses Verfahren geäußert hatte, wurde die Vertagung mit überwältigender Mehrheit abgelehnt. Die große Motivation, die Israel an den Tag legte, ist eigentlich lobenswert, führte in diesem Fall aber zu einer Verkürzung der sowieso schon knapp bemessenen Sitzungszeit. Nach einer Stunde zweckfreier Debatte blieb also alles wie gehabt.

Der Resolutionsentwurf, der sich somit durchgesetzt hatte, trägt den Titel „Weiterführende Lösungsansätze zur Schaffung und Sicherung des Friedens“. Aufgrund der Tatsache, dass der Entwurf relativ explizite Vorwürfe an die USA äußerte, entbrannte bereits in der allgemeinen Debatte eine hitzige Diskussion, in der sich sehr schnell ein Pro- und ein Anti-USA-Lager heraustrennten.

Der erste einleitende Absatz wirkte recht floskelhaft, lediglich die Priorität von Frieden wurde betont. Ein Änderungsantrag, der die Priorität des Friedens durch die Betonung der staatlichen Souveränität relativierte, hätte diesen Absatz erst recht überflüssig gemacht, wurde aber abgelehnt. Auch der Versuch des Irans und Saudi-Arabiens, die Welt zur Konvertierung zum Islam einzuladen, scheiterte an der Mehrheit.

Der zweite einleitende Absatz thematisiert die grundlosen Angriffskriege einiger Staaten. Diese Betonung hielt der russische Delegierte zum einen für wichtig, aber auch für besonders interessant, da sie in einer Resolution steht, die unter anderen ausgerechnet der Iran eingebracht hat. An-

dere Staaten sahen hingegen eine implizite Anspielung auf die Vereinigten Staaten von Amerika. Die USA selbst erhielten für ihre Rechtfertigung keinen Platz mehr auf der Redeliste, daraufhin kam es zur Abstimmung über die Entscheidung des Widerrufs des Vorsitzes – das Gremium verneinte. Bei der namentlichen Abstimmung über diesen Absatz bot die Vorsitzende der Generalversammlung den Delegierten völlig neue Möglichkeiten, indem sie nun neben den schon bekannten Antworten „Ja“ und „Nein“ auch mit „Vielleicht“ antworten durften. Das Plenum zeigte sich aber doch in der Mehrheit entschlossen und veranlasste die Streichung des Absatzes.

Als im Weiteren Verletzungen des Völkerrechts zur Sprache kamen, betonte die Delegation des Irans, dass es sich bei dem betreffenden Absatz nicht ausschließlich um die USA handelte, sie aber dennoch

als wunderbares Beispiel dienten. Der israelische Delegierte forderte daraufhin, eine Schweigeminute für die Opfer des aktuellen Massakers in Teheran einzulegen. Saudi-Arabien stellte einen Änderungsantrag vor, der die Völkerrechtverletzungen zusätzlich mit dem Beispiel des Irakkrieges belegen sollte. In diesem Zusammenhang fragte der Delegierte den

Vertreter des Generalsekretariats, ob er ihm zustimmen würde, dass die westlichen Staaten an der Kriegsbereitschaft in der Welt maßgeblich beteiligt seien. Der GenSek-Beauftragte reagierte gekonnt diplomatisch mit der Antwort, dass man keine Schuldzuweisungen vornehmen sollte. Die Annahme von freundlichen Änderungsanträgen scheiterte zum Teil daran, dass nicht alle Einbringerländer damit einverstanden waren, ein absoluter Konsens dafür aber notwendig ist.

So oder so ähnlich setzte sich die Debatte über die einleitenden und den Beginn der operativen Absätze fort, die Positionen waren schnell klar verteilt und auch das Ungleichgewicht zwischen Minder- und Mehrheiten. Ob die Resolution bei der Generalvollversammlung in Düsseldorf verabschiedet werden wird, bleibt fraglich aufgrund der kontroversen Einbringerländer. Auf jeden Fall wird es weiterhin Bedarf nach hitzigen Diskussionen geben.

RMA



Vorsitz GV (vor der namentlichen Abstimmung): Sie haben jetzt die Möglichkeit mit Ja, Nein, Vielleicht abzustimmen.

Unterausschüsse - kurz & knapp zusammengefasst

AK - Nicht nur ganze Sachen

Gestern fand am frühen Morgen in der Abrüstungskommission die erwartete Abstimmung über die Resolution zum Thema "Nuklearer Terrorismus" statt. Erwartungsgemäß wurde die Resolution mit einer großen Mehrheit angenommen, nachdem sich schon in den vergangenen Sitzungstagen eine Lagerbildung herauskristallisiert hatte. Nach erfolgreichem Abschluss des ersten Tagesordnungspunktes arbeiteten die Delegierten ohne Leistungsminderung weiter. Der Wille, eine zweite Resolution einzubringen, war ungebrochen. Um dieses Ziel zu erreichen, wurde die Tagesordnung auf Antrag der demokratischen Republik Kongo geändert, sodass das Thema der praktischen Abrüstungsfragen erörtert werden sollte. Das Gremium teilte die Meinung der DR Congo und beschloss die Tagesordnung mit großer Mehrheit. Kernforderung des daraufhin durch Kongo eingebrachten Resolutionentwurfes war die Einführung einer Waffenprämie in allen Staaten. Weiter setzte sich der Delegierte für eine Verschärfung der Kontrollregeln



bei Waffenexporten ein. Besonders engagiert bei der Debatte waren der Sudan, China und Iran. Diese bestimmten die Debatte zu großen Teilen. In der Diskussion ging jedoch die Position des Vertreters der USA etwas unter. Aufgrund des knurrenden Magens und der bevorstehenden Konstituierung der GV versuchten die Mitglieder des Ausschusses mit einer Flut von Anträgen die Debatte zu beschleunigen. Kurz vor dem Mittagessen kam der Ausschuss dann doch noch zu einer endgültigen Entscheidung. Das Gremium sprach sich nach zweieinhalb Tagen effektiven Arbeitens mit seinem letzten Amtsakt für die Resolution aus, allerdings nur in Raten. Die Kommission entschied sich, die Resolution nach den einleitenden Absätzen zu teilen und nur einen operativen Absatz mit in die Resolution aufzunehmen.

KB - Zwei auf einen Streich

Nachdem bereits schon am gestrigen Tag viel über Bildung,

liberale wie auch mediale, diskutiert wurde, stand heute die endgültige Entscheidung über den Resolutionsentwurf, eingebracht durch Katar, an. Nach einer abschließenden Debatte insbesondere über die operativen Absätze standen



die Abschlussreden bevor. Der Heilige Stuhl sprach sich in einer kurzen Rede für die Resolution aus und versuchte durch Hervorheben der gemeinsamen Arbeit, das Gremium für die Resolution zu begeistern. Die Resolution sei "eine faule Frucht", wurde von der Gegenseite, durch die VR China angeführt, vertreten. Ganz Unrecht hatte die Vertreterin der asiatischen Großmacht nicht, denn der Entwurf wurde durch die intensive Bearbeitung an einigen Stellen ungenau und inhaltsarm. Allerdings konnte sie trotz ihres eindringlichen Appells eine große Anzahl der Vertreter nicht überzeugen. Die Kommission beschloss mit einer überwältigenden Mehrheit von 31 Stimmen die Resolution. Ohne größere Verzögerung nahm sich der Ausschuss umgehend der nächsten Herausforderung an. Hier wurde nach kurzer Abstimmung der Entwurf Frankreichs zur Arbeitsgrundlage erkoren. Frankreich sprach sich in diesem Entwurf für eine Ausweitung der Gentechnik in Form von IPS-Technologie aus. Trotz der knapp bemessenen Zeit aufgrund des Mittagessens und der darauf folgenden Tagung der Oberausschüsse gelang es dem Gremium, den Resolutionentwurf Frankreichs erfolgreich abzuschließen.

WH - Prepare to be boarded

Was ein paar schlechtbewaffnete Piraten in Sportbooten mit der Contenance eines so ehrwürdigen Gremiums anstellt. Sie sahen Verschwörungen der Amerikaner, drohten mit Waffengewalt und Erstschlägen. Der Delegierte Chinas forderte sogar eine Ausrottung der Wurzel der Piraterie nach deutschem Vorbild. Was muss die Piraterie wohl für eine enorme Bedrohung für den Welthandel sein. Aber Halt! Es gab sie zum Glück noch, die konstruktiven Delegierten, die den aus dem Winterschlaf erwachten Schurkenstaaten Paroli boten. Ebenfalls auf Zack war der Vorsitz der WH, waren die beiden Vorsitzenden gestern zwar inhaltlich und in der Debattenführung sehr gut, wirkten sie

teilweise doch sehr still und zurückhaltend. *weiter auf: 12*

Fortsetzung von Seite 11

Davon war heute nichts mehr zu merken; die Abteilung Machwort wurde drastisch ausgebaut. Leider machte der Zeitplan der Sitzungswoche den Teilnehmern einen Strich durch die Rechnung und so musste die Resolution geteilt werden, um über einleitende und operative Absätze in einem Aufwasch abzustimmen. Gegen Ende ging dann auch alles ganz schnell: teilen, streichen, ablehnen. Diese Resolution ist untergegangen wie die Black Pearl.

UE – Fischers Fritze

In der UE ging man mit ähnlichem Elan in die Fischfang-Debatten wie schon am Donnerstag. Eifige Anschuldigungen wurden diesmal an China gemacht und nur von den



Delegierten nicht unterstützt, die die Tischplatten für unglaublich gemütlich befanden und deren Augen höchstens schlitzförmig geöffnet waren. Aber auch der Vorsitz erwies sich von der Masse an Änderungsanträgen gelegentlich überfordert und ließ sich von den Delegierten, die es gestern beim Tanzkurs belassen hatten, korrigieren. Um Absätze zu verändern, kam es zu den merkwürdigsten zwischenstaatlichen Kombinationen, sodass selbst die sich im Wachkoma befindenden Repräsentanten die Augenbrauen hochzogen. In einer Phase, in der die Maschengröße von Fangnetzen en détail mit der von Walen verglichen wurde, zeigte sich der australische Vertreter äußerst produktivitätswillig und forderte zunächst keine „sinnlosen Beiträge“ mehr. Aber nicht alle waren seiner Meinung – so legte der japanische Delegierte wegen „Schwachsins“ sogar einen Militäreinsatz gegen Australien nahe. Dennoch kam die Kommis-

sion noch zu einem friedvollen Schluss und verabschiedete ohne Prügeleien die Resolution, die mehr Restriktionen im Hochseefischen und größere Fischschutzgebiete verlangt.

RK – Fahrzeugpapiere & Führerschein bitte! Immunität auf dem Prüfstand

Zur Halbzeit der gestrigen Sitzung der RK war schon einiges passiert. Die einleitenden Absätze einer US-Resolution zur Immunität von Diplomaten waren fast unverändert angenommen, der Generalsekretär war zur Definition von Diplomatenimmunität angehört worden und Israel hatte eine gelbe Karte für Botschafter gefordert. Außerdem hatte China die EU-Regierungen als Mafia identifiziert; diese fühlten sich aber nicht verlasst, sich zu verteidigen. Das übernahmen dann Brasilien, Israel, Bosnien Herzegowina und die Philippinen.

Die anschließende Debatte über die operativen Absätze ging anfangs zäh voran, gewann dann aber durch die straffe Leitung des Vorsitzes an Schwung. Großen Redebedarf erzeugte OP 3, durch den die Immunität auf Soldaten im UN-Friedenseinsatz ausgeweitet werden sollte. Natürlich wurden den USA sofort böse Absichten unterstellt und an Abu Ghraib gemahnt; der Absatz wurde gestrichen. Die Delegierte des in OP 4 angeprangerten Serbiens ging leider in keiner Weise auf die Kritik ein. Zum Glück fanden sich genügend Fürsprecher für Serbien, sodass der Absatz nicht übernommen wurde.

Der wichtigste Beschluss der finalen Resolution ist die Einrichtung eines Gremiums zur Erstellung eines Grundkodexes gegen den schwerwiegenden Missbrauch der Immunität.

AdV, AS, OK, RMB, RMA

Stilblüten

Vorsitz WH: Japan verlässt bitte den Raum und drückt die Klinke runter, damit gesichert ist, dass er sich nicht beim Mittagessen befindet.

Japan WH: Chancenungleichheit...das hört sich so negativ an.

Stellv. Vorsitz, SR: Der Antrag wurde mit nein Neun-stimmen abgelehnt.

Südafrika UE: Betreiben Sie Ihre Anti-Überfischungspolitik genauso wie Ihre demokratischen Wahlen?
– China UE: Ja.



USA AK: Persönlicher Antrag – ich fühle mich dadurch beleidigt, dass Ihr Geheimdienst besser ist als meiner.

Italien, WH: Also wenn ich Somalia wäre, würde ich einen nuklearen Erstschlag gegen Piraten haben wollen.

Belarus RK: Ist Tötung in den Menschenrechten vorgesehen?

China RK: Ein Land kann sich teilen, in Zentrum und Peripherie.

Schublade auf, Schublade zu

Neues aus dem Klischee-Kästchen eines asiatischen Staates.

Heute: Japans kranke Sex-Vorlieben!

Sie arbeiten bis zum Umfallen, um sich eine Woche Urlaub im Jahr gönnen zu können. Doch obwohl das Reisen eine große Leidenschaft vieler Japaner ist, fängt der Stress dabei erst richtig an: Foto, Foto, Foto. Hoffentlich verwackelt auch keins, sonst gibt's wieder eine riesen Sauerei; bedingt durch einen Selbstmörder. Aber immerhin haben sie das „Messer rein – Gedärme raus“-Spielchen in den Klischeebüchern der Vergangenheit gelassen und es durch das Spring-en von Hochhäusern ersetzt. Der kulturell akzeptierte Selbstmord röhrt vielleicht auch daher, dass jeder Japaner den Herzschmerz kennt, wenn sein Tamagotschi gestorben ist. Da muss man schon kreativ sein, wenn man sich erfolgreich ablenken will. Kommen daher vielleicht die kranken Sex-Vorlieben der Japsen, auf welche ich hier nicht genauer eingehen will? Oder ist das auf die kleinen Wohnflächen zurückzuführen? Wie dem auch sei – netterweise hat sich die japanische SPUN-Delegation dazu bereit erklärt, bei Bedarf Stellung zu diesem Thema zu beziehen.

KS

Stv. Vorsitzender UE: Wir hören jetzt den Wortbeitrag aus der slowenischen Delegierten.

SPUN dir deine Meinung

...dein Lebensmotto

„Ich glaub es geht schon wieder los, das kann ja wohl nicht war sein, dass man so total den Halt verliert!“

Flo, SPUNited

„Werde selbst die Veränderung, die du dir wünschst!“

Kristina, Delegierte Indien, UE

„Carpe Noctem!“

Sven, Delegierter Iran, WH

„Liebe und Licht“

Emanuel, Delegierter Uganda, SR

„Immer alles positiv sehen!“

Lionel, Vorsitz SR

„Hopfen und Malz erleichtern die Balz“

Fabio, Australien UE

„Unentwegt, aber beirrt!“

Thimo, GenSek

KS

Vorsitz UE: Herzlichen Glückwunsch zur ersten verschiedenen Resolution!

Diplomat's Fress Guide

Sarah Wagenknecht

 Auch genannt Josephine Stalin und universelles Objekt der Begierde auf Parteitage der Linken („[...] der würde ich auch mal gerne meinen Hammer zeigen und sie ordentlich durch-sicheln“) ließ sich in Großkapitalistenmanier beim Hummeressen fotografieren. Und wäre dies nicht Grund genug für unseren Flop des Tages, nein sie hat auch noch in der Tasche ihrer Assistentin nach der Digitalkamera gewühlt um die Bilder am nächsten Tag zu löschen. Tja, das freut nicht nur die Basis, & den linken Wähler, sondern auch die SPUNited. Das Proletariat lebt!



Joschka Fischer



Der ehemalige Bundesaußenminister Joschka Fischer ist sicherlich für vieles bekannt, gute Tischmanieren gehören (wenn man regierungs-nahen Kreisen glauben mag) nicht dazu. In den Zähnen pulen, den Teller abschlecken und andere Späße sollen schon so manchen Staatsgast in Bonn sowie Berlin belustigt haben. Tja, der Turnschuhminister und Emporkömmling der Sponiti-Szene ist sich über die Jahre doch eben irgendwie treu geblieben. Manieren hin oder her, genau dies macht den Gourmand Joschka Fischer aber auch irgendwie verdammt cool.

OK

IMPRESSUM

Die SPUNited verwendet ausschließlich und aus Gründen der Einfachheit das generische Maskulinum.

Redaktionsschluss: 01:00 Uhr

Alexander de Vivie (AdV), Alexander Stavinski (AS), Annika Gatzemeier (AG), Florian Hermann (FH) Katharina Schaab (KS), Moritz Becker (MB), Oliver Knüpfel (OK), Rosa Marie Blaase (RMB), Ruth Meral Asan (RMA)

Angriff auf Goliath

Goliath als Bild für die amerikanische Delegation – treffender ginge es nicht. Dumpf, groß, unbehäbe und sinnlos mit stumpfen Säbeln rasselnd! Die gesamte Delegation glänzt mit mentaler Inkompetenz und Abstinenz, eine physische würde nicht auffallen, sondern wäre im Einzelfall sogar erwünschenswert. Treffendestes Beispiel für die amerikanische Inkompetenz war der grandiose Änderungsantrag in der KB-Kommission – auf Hinzufügen des Absatzes: „Beschließt, mit

**Wenn's
mal wieder
länger
dauert.**

Promi Todesprognosen

Den tragischen Verlust gleich zweier Prominenter am gestrigen Tage haben wir zum Anlass genommen, die Lebenserwartung ausgewählter Menschen von großer Wichtigkeit näher zu beleuchten.

David Hasselhoff

notorischer Trinker, nicht mehr der Jüngste, isst gern Burger vom Boden internationaler Flughäfen 80% Todeswahrscheinlichkeit

Amy Winehouse

Hängt an der Nadel, raucht Crack, trinkt und trägt einen Bienenkorb auf dem Kopf
96,4% Todeswahrscheinlichkeit

Angriff auf Goliath II

Als enger Verbündeter der Vereinigten Staaten von Amerika stellt Costa Rica zur aktuellen Sitzungswoche fest, dass die USA vor allem durch Schweigen und Impotenz glänzen. Erstaunlich wie aus der einstigen Weltmacht, die die UN brilliant zu dominieren wusste, ein Haufen von Statisten geworden ist. Es gibt keine Debatte in der die USA ihren Anspruch Vorreiter für eine gerechtere, freie und demokratische Welt zu sein. Enttäuscht zeigt sich Costa Rica auch darüber, dass die USA während der heutigen Debatte im Sicherheitsrat nicht in der Lage waren für die oben genannten Werte einzustehen: Der Delegierte zeigte sich absolut eingenommen von den Ideen der Volksrepublik China. Es wurde mehr um den Verlust des eigenen Veto-Rechts gefürchtet, als konstruktiv



**Carpe
Noctem.**

der Sache befasst zu bleiben.“ Dabei blieb es! Die amerikanische Delegation wird sowohl quantitativ, qualitativ als auch rhetorisch und inhaltlich von diversen Staaten wie beispielsweise den Philippinen übertroffen. In Anbetracht dieser unglaublichen Situation sieht sich Israel gezwungen, anzufangen, selbständig zu agieren. Egal, ob eine überzogene Äußerung, die amerikanische Delegation scheint einer sinkenden Arche zu gleichen, von der die intelligenten Tiere zu Recht zu flüchten beginnen.

Die Delegation Israels

WICHTIG:

Es werden 2 USB Sticks gesucht, einmal von Mexiko (gelb/weiß) und von der SPUNited (silbern). Bitte in der Redaktion abgeben!

Silvio Berlusconi

Ist fast komplett restauriert, Italiener und schert sich einen Dreck darum, was andere von ihm denken. 34% Todeswahrscheinlichkeit

Kate Moss

Hat scheinbar den Absprung geschafft (200.000 USD und 3 Monate Betty Ford Klinik später), ist aber noch immer zu mager. 45% Todeswahrscheinlichkeit. FH

dafür zu sorgen möglichst vielen Verbündeten Chancen für mehr Mitsprache im Sicherheitsrat zu gewähren. Die anwesenden Japaner waren bei ihren Forderungen und deren Nachdrücklichkeit vollkommen auf sich allein gestellt.

Auch in anderen Gremien zeigt sich der Verfall der USA: Innerhalb der Rechtskommission kam es am Donnerstag zum Ekla, als ein Delegierter Israels die Vereinigten Staaten für ihr rüpelhaftes Vorgehen im Irak kritisieren. Bei einem solch unsouveränen Auftreten, wie diese Delegation es tut, muss auch in Zukunft damit gerechnet werden, dass sich andere Staaten neue Verbündete suchen und das Handeln der Amerikaner von anderen Standpunkten beurteilen werden.

Die Delegation der Republik Costa Rica